



Zu einer Neuen Topographie des Politischen: Post-Westfälische Staatenwelt

Prof. Brigitte Young, PhD
Institut für Politikwissenschaft
WWU-Münster

Blickwechsel: Wirtschaft wider Willen?
Berlin, 4. Juni 2010

Ausgangsposition des 21. Jahrhunderts

- Globale Probleme sind nicht mehr innerhalb der nationalstaatlichen Grenzen und Institutionen zu bewältigen
- Vernetzte grenzüberschreitende Herausforderungen erfordern vernetztes Handeln über Grenzen hinweg (Terrorismus, Finanzkrisen, Klimawandel, Welthandel)
- Frage: Warum findet diese politische Problemlösung grenzüberschreitend nur in begrenztem Maße statt?
- **Widerspruch:** Zwischen einer aus dem 20. Jahrhundert überholten institutionellen Ordnung und neuen institutionellen Herausforderungen

Derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise zeigt, nicht nur ein „Marktversagen“, sondern auch ein „Staatsversagen“ (Institutionsversagen)

Menschliche Irrwege

- **Sir Isaac Newton** soll in Bezug auf die Entwicklung der South Sea Finanzkrise gesagt haben:

„I can calculate the movement of the stars, but not the madness of men“ (Frauen sicher eingeschlossen)

- **H.L. Mencken** soll gesagt haben:

There is always an easy solution to every human problem – neat, plausible and **WRONG.**

Vortrag: Drei Punkte

1. Reaktion auf globale Finanzkrise – national-staatliche Antworten
2. Westfälisches Staatensystem – Grundlage -- Prinzip der staatlichen Souveränität
3. Post-Westfälische Weltordnung – Prinzip der **verantwortungsvollen** (Kaul 2010); oder **disaggregierten Souveränität** (Anne-Marie Slaughter 2004).

Gängige Interpretation der Finanzkrise

- Versagen der Manager (Gier)
- Interessenkonflikte der Rating Agenturen (Rating von Produkten, die sie gleichzeitig verkaufen)
- Regulierungsdefizite im globalen Finanzbereich (Aufsichtsbehörden)
- Mathematische Modelle – Unterbewertung der Risiken
- Finanzinnovationen: Verbriefungen, forderungsbesicherte Schuldpapiere (CDOs), hypothekenbesicherte Wertpapiere (MBs), credit default swaps – Versicherungsprämien gegen Kreditrückzahlungsprobleme

Antwort der Politik

1. Regulierungsvorschläge auf einzelne Teile der Finanzbranche – (Derivate, Rating Agenturen, Eigenkapitalerhöhung, Abwicklungsstrategie für Banken „living will“, Bonusbegrenzung, FinanzTransaktionssteuer, Bank levy)
2. **Vorschläge** sind politisch unkoordiniert, fragmentiert, politische Alleingänge der National-Staaten

Von der Fragmentierung zu Unilateralismus (Politische Alleingänge)

1. **Deutschland:** ungedeckte Leerverkäufe zu verbieten – hat die Finanzmärkte stark verunsichert
2. **US** – Regulierungspaket für die Finanzbranche – ohne Koordination mit den G20 Staaten („Volcker Rule“)
3. **Alistair Darling**, ehe. UK Finanzminister – Alleingang – eine Steuer auf die Bonusbezahlungen der Bankiers zu erheben
4. **Nicolas Sarkozy** – Davos Weltwirtschaftsforum – die Wiedereinführung einer globalen Währungsvereinbarung gefordert (wie dies im Bretton Woods System)

Fazit: Die formalen und informellen Gremien auf regionaler und globaler Ebene (wie z.B. G20; Financial Stability Board, das Baseler Komitee der Bankenaufsicht, EU-Kommission, Ecofin Rat der EU) werden kaum konsultiert

Die regulative Politik wird durch national-staatliche Interessen geprägt

Krisenbewältigungsstrategie

- Traditionelle Annahme: Souveränität obliegt Nationalstaaten; Staaten als monolithische Blöcke
- Politikansätze und Wissensgenerierung verbunden mit relativ geschlossenen Staatsgrenzen:
 1. Staatliche Souveränität
 2. „Nationale Interessen“ – Präferenzen der Staaten
 3. Staat hat Monopolstellung in internationalen Verhandlungen; Staaten agieren auf internationaler Ebene durch bestimmte Regierungsvertreter
 4. Egoistisch-rationales Eigeninteresse
 5. Staaten sind nicht bereit, Hoheitsrechte abzugeben

Westfälisches Staatensystem

- Westfälischer Staat: beruhte auf nationaler politischer Souveränität
- VN-Charter Artikel 2.7 der Nonintervention nach innen und nach außen
- Prinzip der national-staatlichen Souveränität ist ein **globales öffentliches Gut** (Inge Kaul 2003), Norm der Nonintervention (politischer Souveränität) war allen Staaten zugänglich und niemand konnte ausgeschlossen werden
- 1990 – Vollendung dieses Prinzips der politischen Souveränität; heute 196 unabhängige Staaten (durch Entkolonialisierung der 50/60er Jahre und Zusammenbruch der Sowjet Union) (Inge Kaul 2010)

„Paradox des nur-national-definierten Selbstinteresses“ (Inge Kaul 2010)

Folgende Argumentation beruht auf Kaul (2010), „The Changing Role of the United Nations: Lessons for Multi-level Governance Beyond the State“, in: Zürn, Michael et al., eds. Handbuch of Multilevel Governance. Edward Elgar: Cheltenham, U.K.

- Neue Sichtweise und neue Politikkonzepte sind notwendig
- *In einer zunehmend interdependenten und vernetzten Welt ist eine zu enge Fokussierung auf nationale Interessen oft **kontraproduktiv***
- *Ein Denken im nationalen Interesse führt zur paradoxen Situation, dass sie der **Verwirklichung nationaler Interessen im Wege steht***
- Ein **Denken im nationalen Interesse** führt entweder zum Zusammenbruch von Verhandlungen (Kopenhagen), Verzögerung von internationalen Verhandlungen (Finanzkrise) oder Nicht-Lösung dringender Probleme wie Nahrungsmittelkrise, Armut, Klimawandel usw.
- Die Folge ist, dass Probleme sich verschärfen und das **Nicht-Handeln wesentlich teurer ist als das Handeln.**

Antwort auf die Führungslosigkeit der EU?

- Altkanzler, Helmut Schmidt, In Die Zeit (12.5.2010):

Wenn der französische Präsident und die deutsche Bundeskanzlerin gemeinsam handeln, wenn sie dazu den Sachverstand ihrer Finanzminister bündeln, außerdem den Rat von Trichet, vom IWF-Präsidenten Strauss-Kahn und von Juncker einholen, dann können wir die Krise überwinden. Wenn Sie jedoch innenpolitischen Überlegungen den Vorrang geben sollten, dann könnten sie zur weltpolitischen Marginalisierung der europäischen Nationalstaaten beitragen.

Annahmen dieser Aussage

- Dass individuelle Staaten/Politiker/Akteure die Fähigkeit, Ressourcen und die Instrumente haben globale Lösungsstrategien durchzusetzen
- Die individuellen Lösungen auf der Mikroebene der Staatenwelt würden zur Stabilität auf der Makroebene (globalen Ebene) führen.

Alternative Post-Westfälische Staatenwelt

Prinzip der nationalstaatlichen Souveränität durch **responsible (verantwortungsvolle) Souveränität** ersetzen (Kofi Annan 2004)

Definition: Verantwortungsvolle Souveränität, Staaten haben Rechte zur Nicht-Intervention, aber auch Verpflichtungen gemeinsam mit nationalen und supranationalen Partnern globale und regionale Aufgaben zu lösen

Interessen der Partnerländer zu respektieren

Prozess der Fairness für schwache Staaten

Demokratischer Dialog zwischen den Staaten und Konsultation zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren

Internationale Konferenz der Politologen (ISA) 2011 in Montreal zu „Global Governance – Political Authority in Transition“

Neue Konzeption des Staates

- Nicht mehr rule-maker and rule-taker, sondern der Staat vermittelt (***Staat als Vermittler***) zwischen nationalen, regionalen und globalen Interessen (Kaul 2006: *Blending External and Domestic Policy Demands. The Rise of the Intermediary State*)
- **Rule Makers – US** -- transportiert die eigenen policy Präferenzen (von innen) über internationale Vereinbarungen nach außen (IWF, Weltbank, WTO). Regelungen sind aber immer auch verbunden mit Normen und Werten
- **Ruler Takers – Entwicklungsländer** -- internationale Präferenzen und Normen werden von außen in die Innenpolitik transportiert (Aufhebung von Kapitalverkehrskontrollen, Öffnung der Handelsmärkte, Privatisierung von öffentlichen Gütern).

Staat als Vermittler

Staat vermittelt zwischen Innen und Außen

- Staaten verhandeln ihre aggregierten national-staatlichen Policy Präferenzen mit anderen Staaten auf internationaler/regionaler Ebene, diese werden in internationale/regionale Vereinbarungen verankert und auf national-staatlicher Ebene durch Gesetze implementiert.
- Policy Präferenzen von Innen auf die internationale Ebene – und von internationaler Ebene nach Innen

Neue Normen

- Normen für eine verantwortungsvolle/verantwortungsbewusste Souveränität könnte die Legitimität der Staaten stärken (Bierstecker 2006; Thakur 2007, Lake 2010; Dieter Grimm [Souveränität: Herkunft und Zukunft eines Schlüsselbegriffs](#) 2009).
- Eine Rekonzeptualisierung der Normen zu einem Vermittlerstaat, in der Souveränität verstanden wird als die Kapazität in kooperativen Regimen und im kollektiven Interesse von allen Staaten zu partizipieren, bedeutet die Expansion von staatlicher Macht durch die Erweiterung der formalen Kapazität der verschiedenen Staatsinstitutionen in Wechselbeziehung mit anderen Staaten.
- Staaten werden nicht geschwächt, sondern die Macht der Staaten als primäre Akteure im internationalen System werden gestärkt.

Aspekte einer verantwortungsvollen Souveränität

1. Globale deliberative Gleichberechtigung; muss für starke und schwache Staaten gelten
2. Muss aus fairen Regeln und transparenten Verhandlungen entstehen durch berechnete Verschiedenheit
3. Muss kollektiv von der internationalen Gemeinschaft durch positives Einverständnis und Respekt erarbeitet werden